

Veränderungssperre im Raum Gorleben. An allen anderen potentiellen Standorten könnten dagegen derzeit durch den Bau von Kavernen, Bohrungen für die Gewinnung von Erdöl oder Erdgas Tatsachen geschaffen werden, die eine Endlagerung radioaktiver Abfälle ausschließen oder erschweren.

Die Umweltorganisationen ROBIN WOOD, Greenpeace, BUND und viele andere üben jedoch grundsätzliche Kritik an dem im vergangenen Jahr lediglich in einem Parteienkonsens verabschiedeten StandAG. Sie halten es für ungeeignet, die Probleme bei der Atommülllagerung in den Griff zu bekommen und den notwendigen gesellschaftlichen Konsens zu entwickeln.

Nachdem das Endlagersuchgesetz weitgehend unter Ausschluß der Anti-Atom-Organisationen und ihrer Forderungen an ein sinnvolles Verfahren auf den Weg gebracht worden ist, bemüht sich die Politik nun um Schadensbegrenzung und um Einbindung, kommentiert ROBIN WOOD-Energierreferent Dirk Seifert das Vorgehen von Frau Hendricks. Die Rücknahme der Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans in Gorleben sei allenfalls ein erster Schritt, reiche aber bei weitem nicht aus. „Unsere massive Kritik an den grundlegenden Mängeln im Endlagersuchgesetz bleibt bestehen.“

Kurz vor der geplanten – inzwischen wegen des Streits um den Vorsitz auf April verschobenen – offiziellen Einsetzung der Atommüll-Kommission, fanden vor wenigen Tagen erstmals Treffen von Vertretern der Umweltverbände mit der Bundesumweltministerin und den vier BerichterstatterInnen des Bundestags zum Endlagersuchgesetz und zur Kommissionsbesetzung statt. In diesen Gesprächen betonten die Umweltverbände nochmals, wel-

che Mängel sowohl das Gesetz als auch das darin festgelegte Suchverfahren aufweisen und daß kein Vertrauen besteht, dieser vermeintliche Neustart könne Erfolg haben.

ROBIN WOOD kritisiert insbesondere, daß Gorleben weiter zur Auswahl steht, obwohl der Standort als atomares Endlager ungeeignet und politisch verbrannt ist. Die vorgesehene Atommüll-Kommission ist jedoch mit zahlreichen VertreterInnen der Atomwirtschaft besetzt, die Gorleben als Standort favorisieren (vergl. Strahlentelex 652-653 vom 06.03.2014, Seiten 11-12).

Ogleich ein sicheres Endlager fehle, laufe die Atommüll-Produktion nicht nur in den AKWs, sondern auch in anderen Atomanlagen wie der Urananreicherungsanlage in Gronau weiter, deren Betrieb obendrein weiterhin unbefristet ist, kritisiert ROBIN WOOD zudem. Unberücksichtigt bleibe auch, daß es bei allen Arten von Atommüll – und nicht nur dem hochradioaktiven – gravierende Sicherheitsmängel gibt. An rund 90 Orten in Deutschland wird Atommüll zwischengelagert. Eine Debatte um eine dauerhaft sichere Lagerung des gesamten gefährlichen Strahlmülls müsse von Anfang an mindestens die an den Atommüll-Standorten betroffenen Menschen einbeziehen. Nur so könne eine sinnvolle Grundlage für einen gesellschaftlichen Konsens beim Umgang mit den atomaren Hinterlassenschaften erreicht werden. Ein Top-Down-Verfahren, wie es der Bundestag beschlossen hat, werde das nicht erreichen können. Die Umweltverbände hatten aus guten Gründen daher bereits im Dezember 2013 erklärt, sich an dem Verfahren nicht zu beteiligen.

### Atommüll ohne Ende

Am Freitag und Samstag den 28. und 29. März 2014 haben

deutlich mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter von Umweltverbänden und Anti-Atom-Organisationen und -Initiativen in Berlin auf ihrer Tagung „Atommüll ohne Ende – Auf der Suche nach einem besseren Umgang“ noch einmal über die Möglichkeiten ihrer Teilnahme an der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ diskutiert. Dabei offenbarte sich erneut das Desinteresse der Politik an einer Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung. Die Bundesumweltministerin hatte sich von vornherein nicht getraut, sich hier einer öffentlichen Diskussion zu stellen und auch ihr stattdessen angekündigter Staatssekretär Jochen Flassbarth erschien nicht. Stattdessen wurde lediglich die neue Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter vorgeschickt, die zur Eröffnung der Veranstaltung am Freitagabend ohne jedes Verhandlungsmandat mit auf dem Podium saß und deren Einlassungen sich schließlich in dem Appell erschöpften: „Nun haben Sie doch mal Vertrauen“. Am nächsten Tag, dem zentralen Tag der Tagung, war von ihr dann nichts mehr zu sehen und auch sonst waren nur vereinzelt Politiker und Behördenmitglieder erschienen. Das beförderte ebenfalls nicht die Vertrauensbildung, sondern bestärkte die übergroße Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihrer Ablehnung der Kommission und der im vergangenen Jahr im Hauruckverfahren beschlossenen Regelungen des Standortauswahlgesetzes.

Wenn Politiker sich bei einem über Generationen hinweg so bedeutsam bleibenden Problem wie dem Umgang mit dem Atommüll als nicht lernfähig erweisen und konträr zu allen Regeln der Partizipation meinen, untaugliche Vorgaben machen zu müssen, dann ist es an der Zeit, daß die Umweltverbände und Anti-Atom-Organisationen die Dinge mit ih-

ren Mitgliedern selbst in die Hand nehmen müssen und der Politik dezidiert Vorgaben machen. Die jetzt erstmals begonnene Diskussion über den bisherigen und künftigen Umgang mit allen Arten von Atommüll ist offen fortzusetzen. Th.D.

Die auf der Tagung gehaltenen Vorträge und die Ergebnisse der Diskussionen können von der Homepage des DNR [www.dnr.de](http://www.dnr.de) abgerufen werden. ●

## Atommüll

### Kein Vertrauen in die Politik

#### Vertraut wird ganz überwiegend nur Atom-Kritikern in Wissenschaft und Umweltverbänden

Wenn es um den Umgang mit dem Atommüll geht, vertrauen die Menschen am meisten denen, die kritisch zur Atomkraft stehen. Das hat jetzt eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von „ausgestrahlt“ ergeben. 76 Prozent vertrauen demnach atomkritischen WissenschaftlerInnen und 71 Prozent vertrauen den Umweltverbänden, der Politik dagegen mißtrauen 81 Prozent. Das Mißtrauen überwiegt auch gegenüber den Gewerkschaften mit 53 Prozent Ablehnung, Juristen (55 Prozent), Wissenschaftler, die der Atomkraft-Nutzung positiv gegenüberstehen (59 Prozent), Kirchen- (69 Prozent) und Wirtschaftsvertretern (77 Prozent Ablehnung). Befragt worden war zwischen dem 3. und 6. März 2014 ein repräsentativer Querschnitt von 1.003 Personen ab 14 Jahren in Deutschland.

Dieses Ergebnis ist bedeutend für die Besetzung der Atommüll-Kommission, die im Auftrag des Bundestages über die Lagerung der atomaren Hinterlassenschaften beraten soll, meint man bei „ausgestrahlt“. Die Umfrage zeige,

dass die Politik in Sachen Atommüll jegliches Vertrauen der Bevölkerung verspielt habe. Dagegen genossen diejenigen, die das Endlager-suchgesetz und die Zusammensetzung der Atommüll-Kommission kritisieren, höchstes Vertrauen. Die Politik müsse endlich auf die Umweltverbände zugehen und deren Bedenken zum Gesetz und zur Kommission ernst nehmen. Erst dann nehme sie auch die Bevölkerung ernst. Wenn Umweltverbände den Prozeß bremsen und keine Kommissions-Vertreter benennen, tun sie das aus guten Gründen, weil sie unter den derzeitigen Rahmenbedingungen keine Erfolgsaussichten in der Kommission sehen, so .ausgestrahlt.

Emnid hatte die 1.004 Bürgerinnen und Bürger telefonisch gefragt: „Eine Kommission soll in den nächsten zwei Jahren den Umgang mit Atommüll neu regeln. In dieser Kommission arbeiten Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen mit. Für wie vertrauenswürdig halten Sie die folgenden Gruppen im Hinblick auf das Thema Atommüll?“ Aufgezählt wurden dann in zufälliger Reihenfolge atomkritische und Pro-Atom-WissenschaftlerInnen, Umweltverbände, Gewerkschaften, JuristInnen, PolitikerInnen, Kirchen- und Wirtschaftsvertreter. Gefragt wurde, ob die jeweilige Gruppe sehr vertrauenswürdig, eher vertrauenswürdig, weniger vertrauenswürdig oder gar nicht vertrauenswürdig sei.

Werden die ersten beiden Nennungen zusammenaddiert, ergibt sich, dass 76 Prozent der Bevölkerung atomkritischen WissenschaftlerInnen vertrauen und 71 Prozent Umweltverbänden. Auf dem dritten Platz mit 43 Prozent Zustimmung und 53 Prozent Ablehnung folgen Gewerkschaften. Politiker landen auf dem letzten Platz, nur 17 Prozent trauen ihnen, während ihnen 81 Prozent mißtrauen.

24 Prozent finden die Umweltverbände sogar sehr vertrauenswürdig, nur fünf Prozent halten sie für gar nicht vertrauenswürdig. Dieses besonders große Vertrauen bringen die Bürgerinnen und Bürger in dem Maße keiner anderen Gruppe entgegen.

Das Vertrauen in die Umweltverbände ist unter den Altersgruppen ziemlich gleich verteilt, bei den Jüngeren unter 30 Jahren ist es am Größten. Bei den CDU/CSU-Anhängern sind es immer noch 70 Prozent. Auch bei den Unions-WählerInnen stehen die Umweltverbände bei der Vertrauenswürdigkeit auf Platz zwei knapp hinter den atomkritischen WissenschaftlerInnen.

Das Umfrage-Ergebnis stellt die bisherige Zusammensetzung der Atommüll-Kommission in Frage. 16 Politikern sollen dort zwei Vertreter der Umweltverbände gegenüber-sitzen. Pro-Atom-Wissenschaftler und Juristen besetzen die meisten der acht Plätze für Experten. Vertreter der Atomwirtschaft sind genauso stark vertreten wie Umweltverbände. Bleibt es bei dieser Aufteilung, dann stellt sich die Frage, wie die Kommission glaubwürdig arbeiten soll, so .ausgestrahlt. ●

#### Folgen von Fukushima

## Keine Transparenz erwünscht

Berichten der japanischen Zeitung „Tokyo Shimbun“ zufolge, hat die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) mit den Präfekturen Fukushima und Fukui sowie mit der Medizinischen Fakultät von Fukushima Verträge ausgehandelt, die eine gegenseitige Geheimhaltung zu bestimmten Informationen garantierten, wenn dies eine der Parteien wünscht. Deshalb

hatte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Bundesregierung gefordert, ein Peer-Review-Verfahren anzustoßen, das konkrete Kriterien für die Geheimhaltung von Informationen entwickeln soll. In diesen Prozeß sollten die IAEO-Mitgliedsstaaten, unabhängige Experten sowie Interessenvertreter aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft mit einbezogen werden. Außerdem sollte sich die Regierung dafür einsetzen, daß „die systematische Verharmlosung“ von radioaktiver Strahlung als Tagesordnungspunkt auf der 58. Generalkonferenz der IAEO im September 2014 im Wien offen diskutiert und beendet werde.

Mit diesem Antrag für mehr Transparenz bei der Veröffentlichung von Daten und Zahlen bei der IAEO (Bundestagsdrucksache 18/772) ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 19. März 2014 im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages gescheitert. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte dagegen, einzig die Fraktion Die Linke unterstützte den Antrag.

Die Unionsfraktion begründete die Ablehnung des Antrags mit dessen Bezugnahme auf einen Medienbericht. Auf der Grundlage eines Zeitungsartikels könnten schwerlich Aussagen getroffen werden. Im Vordergrund des Antrags stehe außerdem eher eine „Ächtung der IAEO“ als eine ernsthafte Debatte, wie mehr Transparenz hergestellt werden könne.

Die Linksfraktion unterstützte das Anliegen des Antrags, die Transparenz in der Internationalen Atomenergie-Organisation zu erhöhen. Doch forderte sie darüber hinaus, die Rolle der IAEO insgesamt in den Blick zu nehmen. Diese sei eine „Förderorganisation für Atomenergie“, denn laut ihrer Satzung solle sie „den Beitrag der Kernenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit beschleunigen und

vergrößern“. Nach Ansicht der Fraktion sollte sich die IAEO aber besser international für den Verzicht auf Atomenergie einsetzen. Sie forderte die Bundesregierung auf, sich für eine entsprechende Änderung der Satzung stark zu machen.

hib – heute im bundestag Nr. 140  
v. 19.03.2014 ●

#### Berichtigung

## Totgeburten und Säuglings- sterblichkeit in Japan

In dem Beitrag von Masao Fukumoto, Kristina Voigt, Ralf Kusmierz und Hagen Scherb über die Totgeburten und Säuglingssterblichkeit in Japan nach der Katastrophe von Fukushima in der Ausgabe 650-651 vom 6. Februar 2014 muß der Kasten auf der Seite 3 präzisiert werden:

1. Spontane Totgeburtlichkeit ab der 12. vollendeten Schwangerschaftswoche
2. Totgeburtlichkeit ab der 22. vollendeten Schwangerschaftswoche
3. Tod innerhalb 1 Woche nach der Geburt
4. Tod innerhalb 4 Wochen nach der Geburt
5. Tod innerhalb des 1. Lebensjahres nach der Geburt

In Japan werden spontane Totgeburten abweichend von der deutschen Praxis bereits ab einem früheren Schwangerschaftsstadium gezählt (siehe:

<http://www.mhlw.go.jp/english/databases/db-hw/outline/index.html>). In der ersten Spalte auf Seite 4 oben muss es dementsprechend heißen „nach den Kriterien 1. bis 5.“ Die Auswertung in dem Beitrag bezieht sich auf alle spontanen Totgeburten (foetal death) ab der 12. vollendeten Schwangerschaftswoche. Alfred Körblein hat dankenswerterweise auf diese Ungenauigkeit aufmerksam gemacht. ●